stellt, vor der gesamten Arbeiterschaft festgestellt. Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu einem Führer, der die Regierung als eine Hungerregierung bezeichnet, der ihre Taten als unerhörte Maßnahmen gegen die Arbeiter hinstellt, aber gleichzeitig dieser Regierung zweimal seine Stimme gibt? Ist ein solcher „Führer" nicht ein schamloser Betrüger, ein Taschenspieler und ein unehrlicher Schwadroneur?

Auf die konkrete Frage, weshalb sie die Regierung nicht zum Teufel jagten, weshalb sie den Landtag nicht auflösten, antwortete Kautzsch jämmerlich und kläglich: „Wenn wir den Landtag auflösen, sitzt die Schieck-Regierung ja doch weiter da. Sonst aber kommt eine Regierung der Faschisten." Die Schieck-Regierung ist eben das „kleinere Uebel", das ist die Politik der „Linken" in Sachsen. Diese Schieck-Regierung ist aber die Filiale der Brüning-Diktatur, sie betreibt dieselbe Politik wie Brüning im Reich.

Damit ist auch zugleich die ganze Verlogenheit der sogenannten Opposition der „Linken" gegen die Reichspolitik klargestellt. Die „Linken" betreiben in Sachsen dieselbe Politik wie die Wels und Konsorten im Reich. Nur, daß sie den Arbeiterbetrug noch schamloser durchführen.

Ueberall, wo die „Linken" vor die Arbeiter treten und ihr Betrugsmanöver durchführen wollen, muß es ihnen entgegengehalten: Was soll euer Geschwätz, ihr habt ja diese Regierung, diesen Landtag der Hungerdiktatur gerettet, ihr unterstützt ja diese Regierung!

Aber es gab in der gestrigen Sitzung noch einige für die Arbeiterschaft lehrreiche Erscheinungen. Die kommunistische Fraktion stellte gleichzeitig die Forderung, den sozialdemokratischen Gesandten Gradnauer abzuberufen. Die SPD-Redner tobten: Die Kommunisten kämpfen gegen den Sozialdemokraten. Wir forderten die Abberufung, weil Gradnauer den Einspruch gegen die Einfuhr des polnischen Gefrierfleischs vertreten hat. Die SPD erklärte, Gradnauer habe seine Pflicht getan. Auch Schieck trat auf die Tribüne und erklärte: Gradnauer kann nicht abberufen werden, weil er den Auftrag seiner Regierung durchgeführt hat.

Es ist also Pflicht eines Sozialdemokraten, den Hunger verstärken zu helfen. Das ist die Schlußfolgerung, die man aus den Ausführungen des Sozialdemokraten Kaunich ziehen muß. Deutlicher kann die Rolle der Sozialdemokraten in den Staatspositionen nicht festgestellt werden, wie es hier der SPD-Redner selber machte. Die Arbeiter werden aber daraus ersehen, daß die SPD an den Futterkrippen nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Kapitalisten wahrnimmt.

Würde der Sozialdemokrat Arbeiterinteressen vertreten, dann hätte er erklären müssen: Mit meiner Auffassung ist der Auftrag, den ich erhalten, unvereinbar, ich trete zurück; ich folge den Arbeitern; schärfster Kampf gegen diese Staatsmacht ist jetzt die Aufgabe! So aber handelte noch keiner der SPD-Führer, sie erwiesen sich alle als die getreuesten Lakaien der Bourgeoisie, als Mamlucken und Knechte, die Tag um Tag die Interessen der Arbeiter verraten.

Diese Lakaienrolle vollführten auch gestern die Sozialdemokraten im Landtag. Die bürgerlichen Parteien wissen, wie sie mit diesen „linken" Maulhelden umspringen können. Sie wissen, diese Mamlucken nehmen jede Ohrfeige noch mit Dank entgegen. Als Antwort auf das radikale Gerede verließen die bürgerlichen Parteien den Plenarsaal und machten den Landtag beschlußunfähig, so daß nicht einmal der jämmerliche Antrag der SPD zur Abstimmung kam.

Aber bei dieser Aktion zeigten sich auch die Nazis als die getreuen Fridoline der Kapitalisten und der Schieck-Regierung. Auf Befehl der Bourgeoisie verließen sie den Sitzungssaal mit, sie demonstrierten damit ihre Rolle als Anhängsel der herrschenden Klasse. Die Bourgeoisie zeigte aber den Sozialdemokraten: wenn ihr nicht kuscht — der andere Flügel wartet nur darauf, herangeholt zu werden. So zeigten sich gestern sowohl die sozialdemokratischen Führer als auch die Nazis als treue Kapitalistenknechte.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zu der Hausknechtrolle des Präsidenten Weckel. Der sozialdemokratische Redner Kaunich, der es nicht wagte, gegen die Kapitalisten aufzutreten, richtete in seinem Schlußwort die verlogensten Angriffe gegen die KPD und die Sowjetunion. Als zwei Kommunisten diese Ausführungen als gemeinen Schwindel brandmarkten, fühlte sich Weckel in seiner Präsidentenwürde verletzt und schloß sie aus. Weckel bildete sich ein, damit die „Würde" des „hohen Hauses" gerettet zu haben, in Wahrheit spielte jedoch der von der Bourgeoisie verspottete und geprügelte Hausknecht nur eine erbärmliche Rolle.

So hat die gestrige Sitzung der sächsischen Arbeiterschaft manchen lehrreichen Anschauungsunterricht. Sie zeigte: Die radikalen Phrasen der „Linken" dienen der Verschleierung ihrer reaktionären Taten. Sie zeigte: Diese „Linken" lecken den Stiefel, der sie tritt, sie fühlen sich stolz und erhaben in der Rolle der Mamlucken und Hausknechte.

Die Sitzung zeigte den arbeitenden Massen aber auch: Die Nazis sind genau so ergebene Diener des Kapitals wie die SPD-Führer.

Hier steht ein Block zusammen gegen die arbeitenden Massen, dessen Zweck und Aufgabe ist: Rettung des Kapitals.

Der Verlauf der Sitzung hat bewiesen, daß nur die KPD konsequent und rücksichtslos gegen die verrottete kapitalistische Gesellschaft und ihre Helfer kämpft. Die Arbeiterschaft muß die Konsequenzen ziehen und im außerparlamentarischen Kampf zusammenstehen mit der KPD.

Frick „geht in Urlaub"

Abstimmung über Mißtrauen am 1. April

Weimar, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf Beschluß des Aeltestenrates tritt der Thüringer Landtag am 1. April zusammen, um die Mißtrauensanträge gegen die beiden Naziminister Frick und Marschler zu beraten. Allem Anschein nach dürfte die Volkspartei, der es vor dem wachsenden, von der KPD entfachten Volkssturm nicht geheuer ist, in irgendeiner Form gegen Frick stimmen. Fricks Tage dürften gezählt sein. Wie bekannt, beabsichtigt er bereits im Laufe dieser Woche in Urlaub zu gehen.

Neue Zeitung, Oberschlesien, verboten!

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat am 23. März die kommunistische Neue Zeitung unter Berufung auf das Republikschutzgesetz für 3 Wochen verboten.

Die Neue Zeitung hat sich in den letzten Tagen scharf gegen die nationalsozialistische Verhetzung der oberschlesischen Arbeiterschaft gewandt und die internationale proletarische Kampfsolidarität unterstrichen. Die oberschlesische Arbeiterschaft hat auch gegen den nationalsozialistischen Abstimmungsrummel demonstriert. Ferner stehen die Betriebsrätewahlen in Oberschlesien bevor.

Die Brüning-Diktatur erhält ein

Ermächtigungsgesetz zum Sozialabbau

KPD-Anträge für den 1. Mai / Wohnungselend und Schwindel der Bausparkassen

Berlin, 24. 3. (Eig. Bericht.)

Am Dienstag begann im Reichstag die dritte Beratung des Haushaltetats. Zu dieser Beratung ging ein von den Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten unterzeichneter Antrag ein, der dem Reichsfinanzminister der Brüning-Diktatur die Ermächtigung gibt, während der Zeit, in der der Reichstag nicht tagt, also in den kommenden sechs Monaten, Abstriche an der Ausgabenseite des Reichsetats nach Gutdünken (!) vorzunehmen. Die Abstimmung über dieses Ermächtigungsgesetz erfolgt am Mittwoch, seine Annahme steht zweifelsfrei fest. Reichsfinanzminister Dietrich erklärte hierzu, daß er dieses Ermächtigungsgesetz begrüße und daß er von dem ihm gegebenen Recht auf weitere Abstriche am Etat Gebrauch machen werde. Daß diese Abstriche lediglich bei den Sozialausgaben erfolgen werden, steht wohl außer Frage. Die Sozialdemokraten tragen also die volle Verantwortung für die in den nächsten Monaten folgenden Abstriche am Sozialetat und für den weiteren Unterstützungsraub.

*

Im Sturmtempo wird gegenwärtig im Reichstag die letzte Lesung des Reichsetats durchgepeitscht. Dazu sprechen fast ausschließlich kommunistische Redner. Als erster der Genosse Ulbricht, der sich vor allem mit der faschistischen Innenpolitik der Youngregierung befaßt und die kommunistischen Anträge auf Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und Aufhebung der Demonstrationsverbote am 1. Mai befaßt.

*

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, nachdem bekannt wurde, daß die Reichsbahnverwaltung bei der Reichsregierung die Verbindlichkeitserklärung des Lohnraub-Schiedsspruches beantragt hat, folgender Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, den für die Arbeiter der Deutschen Reichsbahn gefällten Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären."

Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgt in der Mittwoch-Sitzung.

Im weiteren Verlauf der dritten Lesung des Verkehrsetats ging dann noch Genosse Chwalek auf den Schenker-Vertrag ein, durch den 150 000 Speditionsarbeiter brotlos gemacht werden sollen. Genosse Chwalek greift scharf den Sozialdemokraten Scheffel an, weil er diesen Vertrag begrüßt.

Bei der dritten Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums behandelte Genosse Schumann für die kommunistische Fraktion das

Wohnungselend in Deutschland

und rechnete scharf mit der Wohnungspolitik der Brüning-Regierung ab. Er führte dabei aus:

Ohne dazu zu reden, wurden alle unsere Anträge, die auf eine wirksame Förderung des Wohnungsbaues hinauslaufen, sowohl von den Sozialdemokraten wie von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. (Hört, hört! b. d. Komm.) Dabei ist das Wohnungselend ständig im Wachsen. In Berlin allein haben 113 275 Haushaltungen keine eigene Wohnung, und 40 000 Familien hausen in Kellerwohnungen. (Hört, hört! b. d. Komm.) Dabei geht der Wohnungsbau außerordentlich zurück. Nach Berechnungen von 96 Groß- und Mittelstädten ist der Wohnungsbau im Jahre 1931 um 30 Prozent geringer als im Jahre 1930. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.) Die Folge der ungeheuerlichen Wohnungsnot ist, daß infolge der sogenannten freien und aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommenen Wohnungen ein ungeheurer Wohnungswucher getrieben wird. Die Kündigungen und Exmittierungen nehmen dauernd zu. In Kirchberg a. Hunsrück wurde ein Arbeiter mit einer schwangeren Frau und einem einjährigen Kind auf die Straße gesetzt, ohne daß eine andere Wohnung beschafft wurde. Der Mann hat sich dann im Walde aus Zweigen eine Hütte gebaut. In Staßfurt erschien der Gerichtsvollzieher bei einer Arbeiterfamilie und verlangte zusammen mit der Polizei die Räumung, und zwar auf Verlangen des Bürgermeisters. Die Frau aber lag zu Bett, sie war nicht transportfähig, da sie gerade operiert worden war. Dennoch wurde die Frau aus dem Bett gezerrt, ging die Treppe herunter und brach dabei bewußtlos zusammen. (Stürmisches Hört, hört! und Pfuirufe b. d. Kommunisten.) Der Bürgermeister aber, der das verlangte, ist Sozialdemokrat.

Ein besonderes Kapitel ist der Schwindel der Bausparkassen. Die Leute, die solchen Bausparkassen in die Fangarme fallen, werden auf das gemeinste ausgenutzt. Die

Landesbausparkasse Sachsen

z. B. gewährt jedem, der den geringsten Beitrag von 37,50 Mark im Monat zahlt, erst nach 18 Jahren ein Darlehen zum Hausbau. (Hört, hört! b. d. Komm.) Hinzu kommt noch, daß Leute, die mit ihrem monatlichen Beitrag in Verzug geraten, auf das furchtbarste schikaniert werden.

Gestäupte Sozialdemagogen!

Freche Provokationen der SPD sprengen die Sitzung — Genosse Renner und Genosse Sindermann ausgeschlossen

(Fortsetzung des Landtagsberichts)

Im weiteren Verlauf der Landtagssitzung erklärt Genosse Siegel die Uebermacht von Beamten des Reichswalterschutzes in den sächsischen Staatsdienst als einen Teil der Rüstung der Bourgeoisie durch die Tatsache, daß bei zirka 30 Mann nicht weniger als 7 Offiziere sind. Nach Ueberweisung von Gesetzentwürfen und Anträgen zu Miet- und Wohnungsbaufragen an den Ausschuß kommt es zu einer heftigen Debatte über den SPD-Antrag auf Gewährung eines Staatskredites an die Sächsische Wohlfahrtshilfe, was gleichzeitig eine Subventionierung nicht nur der reformistischen Arbeitersportorganisationen, sondern auch faschistischer Jugendverbände gleichkommt.

Geld nur für proletarische Organisationen!

Die Forderung der Kommunisten, die Genosse Scheffler vertritt, sind klar und eindeutig. Sie fordern Beihilfen aus Staatsmitteln für die in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Arbeiter-Turn- und -Sportvereine, sowie die Schrebergartenvereine und Einsetzung einer ersten Rate von 1 Million Reichsmark. Die Zuweisung der Mittel soll durch einen Ausschuß von Mitgliedern der von der Erwerbslosigkeit und allgemeinen Verarmung betroffenen Arbeitersportorganisationen unter Einbeziehung der oppositionellen Arbeitersportler und der revolutionären Jugendorganisationen erfolgen. Diese klare proletarische Forderung versucht der Sozialdemokrat Gerlach in demagogischer Weise herabzusetzen, indem er erklärt, daß die Braunschweiger Kommunisten „weniger einseitig" auftreten.

Genosse Siegel

hält den verblüfften Sozialfaschisten darauf die Forderung der Braunschweiger Kommunisten unter die Nase, die ganz klare proletarische Formulierungen enthalten, so die Ablehnung jeder Lohnsenkung, vollen Lohnausgleich bei Einführung der Vierzigstundenwoche, Erhöhung der Gehälter für untere Beamte und Angestellte, Gewährung einer Sonderunterstützung entsprechend dem Antrage des Erwerbslosenausschusses, Freistellung von Turnhallen und Sportplätzen und Einsetzung von 6000 Reichsmark für Rot-Sport und Streichung sämtlicher Zuwendungen für die DT und alle bürgerlichen Sportvereine, Streichung aller Zuschüsse an bürgerliche, kirchliche Fürsorgevereinigungen, Bewilligung staatlicher Zuwendungen für die Arjo.

Ein Antrag auf Befreiung von nichtunterstützten Fürsorgeempfängern von der Bürgersteuer wird mit Mehrheit angenommen. Die weitere Entwicklung wird zeigen, wie die Schieck-Regierung diesen Beschluß des Landtages „respektiert".

Die Not der Tabakarbeiter

hatte die kommunistische Fraktion veranlaßt, am 27. Januar zu beantragen, die Unterstützung der durch die Notverordnung Hindenburgs zur Arbeitslosigkeit verdammten sächsischen Tabakarbeiter sicherzustellen, die nach dem Wortlaut der Notverordnung keine Entschädigung erhalten sollen. Diese unerhörte Auslegung der Notverordnung trifft vor allem die Heimarbeiter, die meist nicht in der Versicherung angemeldet sind. Aus Verlegenheit über die Forderung der Kommunisten haben dann auch die Sozialdemokraten am 26. Februar sich genötigt gesehen, einen ähnlichen Antrag zu stellen. Bei der Beratung dieser Anträge rechnet

Genosse Breitenborn

mit der Haltung der SPD-Gewerkschaftsbonzen ab und betont die Notwendigkeit für die Arbeiterschaft, mit dem Unternehmer- und Gewerkschaftsbürokratenterror zu brechen und unter der Führung der RGO den Kampf um ausreichende Löhne und Arbeit aufzunehmen. Die Anträge werden an den Ausschuß verwiesen.

Der Gefrierfleischbetrug der SPD

und seine Entlarvung durch die Kommunisten bildet den Abschluß der Sitzung. Zur Beratung stehen neben dem demagogischen SPD-Antrag auf „Mißbilligung des Einspruches der Schieck-Regierung im Reichsrat" die kommunistischen Anträge auf Sicherung der Gefrierfleischeinfuhr, die durch die Abstimmung im Reichsrat und durch die Rettung Schiecks durch die SPD praktisch unwirksam gemacht sind und der kommunistische Antrag auf Abberufung des sächsischen Vertreters im Reichsrat, des Sozialdemokraten Dr. Gradnauer, der sich als Handlanger der Gefrierfleischräuber betätigt hat. Nach einer verlogenen Rede des SPD-Vertreters Kaunich, der mit plumpen Angriffen gegen die Kommunisten die Tolerierung Brünings und Schiecks durch die SPD zu verteidigen versucht, geißelt

Genosse Renner

den schamlosen Betrug an den notleidenden Massen, die durch die Abwürgung der Gefrierfleischeinfuhr gekennzeichnet ist. Er zeigt die Schamlosigkeit der Besitzenden auf, die es wagen um des Profites einer kleinen Gruppe willen, den Massen den Genuß billigen Fleisches zu rauben. In eindrucksvoller Rede enthüllt er dabei die Rolle der SPD, die den Ruf nach billigem Gefrierfleisch zur Ablenkung von ihrer Panzerkreuzerschmach benutzt, während gleichzeitig ihre Staatsfunktionäre im Dienste der Profitjäger die Abwürgung der Forderung durchführen. Wenn die Kommunisten die Abberufung Gradnauers fordern, so nicht deshalb, weil sie glauben, es ändere sich dadurch die reaktionäre Politik Schiecks und die verbrecherische Politik der SPD-Führer, sondern nur um jedem Verräter zu zeigen, daß die Arbeiterschaft es satt hat, sich von den Knechten des Kapitals an der Nase herumführen zu lassen. Die Kommunisten rütteln die Massen auf, um außerparlamentarisch abzurechnen mit den Schiebern und Betrügern. Diese revolutionäre Arbeit der Kommunisten hat auch Tausenden ehrlicher SPD-Proletarier die Augen geöffnet. Ein treffendes Beispiel hierfür bietet der vor wenigen Tagen erfolgte Austritt des noch vor Monaten sich zur SPD bekennenden Arbeiters und SPD-Reichstagskandidaten Winkler, Zwickau. Diesen hat auch das Manöver des Herrn Sendewitz im Reichstag nicht mehr täuschen können über den wahren Charakter der SPD. Nicht nur der zweite Mann kommt nicht zur SPD, sondern auch der erste verläßt sie! (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten und auch auf der Tribüne.) Weil das die „linken" SPD-Führer wissen, deshalb haben sie heute die Auflösung dieses Landtages verhindert; sie, die jetzt „Kritik" an Schieck vortäuschen, haben vor wenigen Stunden Schieck gerettet. Von den Massen aber werden sie gestellt und geschlagen werden, durch die Politik der Kommunistischen Partei. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten und auf den Tribünen.)

Im Verlauf der Debatte ergreift Schieck selbst das Wort und wagt es die Drosselung der Versorgung der Massen mit billigem Fleisch als im Interesse der Arbeiter und kleinen Bauern gelegen, hinzustellen.

Der kommunistische Abgeordnete Landwirt Schneider, Crottendorf, durchkreuzt diesen Versuch, der nur im Interesse der Großagrarier und Lebensmittelspekulanten geschieht und stellt die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und schaffenden Bauern fest.

Freche Provokation Kautzsch' sprengt die Sitzung

Die scharfe Abrechnung des Genossen Renner beantwortet Kautzsch im Schlußwort mit einer schamlosen Provokation, er erklärt, die Sowjetregierung hätte mit den Industriellen auf ihrer Reise die Lohnsenkungen verabredet. Als hierauf der Genosse Renner und Sindermann in erregten Zwischenrufen protestierten, benutzt Weckel die für die SPD unangenehme Situation, eine eventuelle Mehrheit für den Mißbilligungsantrag zu finden, um die Genossen Renner und Sindermann in unerhörtem Tone aus dem Saal zu weisen und die Sitzung für unterbrochen zu erklären. Nach Wiedereröffnung sind nur noch die Sozialdemokraten im Saal, die die Mitteilung des Herrn Weckel anhören, wonach Genosse Renner für fünf Sitzungen und Genosse Sindermann für die Sitzung ausgeschlossen ist. Das Haus ist jedoch nicht mehr beschlußfähig, so daß die Abstimmung über die Anträge auf die nächste Sitzung vertagt werden muß. Diese Sitzung findet nach den Osterferien statt.